

Aussteller (Bezeichnung und Anschrift der inländischen Stiftung des öffentlichen Rechts):

Kath. Kirchenstiftung St. Georg  
Neufahrner Straße 8 a  
84056 Rottenburg a.d. Laaber

lfd. Nr. 76/2014

### Bestätigung über Geldzuwendungen

im Sinne des § 10b des Einkommensteuergesetzes an inländische Stiftungen des öffentlichen Rechts

Name und Anschrift des Zuwendenden:

Stefan Summerer  
Neukirchener Str. 66  
81379 München

Betrag der Zuwendung - in Ziffern -  
350,-- Euro

- in Buchstaben -  
Dreihundertfünfzig Euro ---

Tag der Zuwendung:  
04.03.2014

Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung  
von Missionszwecken – Waisenkinder in Kenia  
verwendet wird.

Es handelt sich um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen  Ja  Nein

- Die Zuwendung erfolgte in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock).  
 Es handelt sich **nicht** um Zuwendungen in das verbrauchbare Vermögen einer Stiftung.

Die Zuwendung wird

- von uns unmittelbar für den angegebenen Zweck verwendet.  
 entsprechend den Angaben des Zuwendenden an .....  
weitergeleitet, die/der vom Finanzamt ..... StNr. .... mit  
Freistellungsbescheid bzw. nach der Anlage  
zum Körperschaftsteuerbescheid vom..... von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit ist.  
 entsprechend den Angaben des Zuwendenden an Schwester Agonia, Kenia, weitergeleitet.



(Siegel)

Rottenburg, 14.03.2014

Ort, Datum und Unterschrift des Zuwendungsempfängers

*Pfr. Josef Pohl*

#### Hinweis:

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

#### Nur in den Fällen der Weiterleitung an steuerbegünstigte Körperschaften im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG:

Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des Freistellungsbescheides länger als 5 Jahre bzw. das Datum der Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach § 60a Abs. 1 AO länger als 3 Jahre seit Ausstellung des Bescheides zurückliegt (§ 63 Abs. 5 AO).